

Was kann man von der Politik erwarten?

Auf dem Heilig-Drei-König-Treffen 2010 der schwäbischen Jungbauernschaft erklärte Bauernpräsident Gerd Sonnleitner die Mechanismen der Agrarpolitik.

In vielen politischen Entscheidungsgremien wurden die Weichen vor kurzem neu gestellt. In Deutschland gibt es seit ein paar Monaten eine neue Bundesregierung, ein neuer EU-Agrarkommissar aus Rumänien hält in Brüssel die Zügel in der Hand und das EU-Parlament hat durch den Lissabon-Vertrag mehr Mitspracherecht bekommen. Wie sich diese Änderungen auf die Agrarpolitik auswirken interessierte über 50 Jungbauern und Jungbäuerinnen auf dem Heilig-Drei-König-Treffen der Bayerischen Jungbauernschaft Schwaben in Konzenberg. Um Licht ins Dunkel zu bringen nahm der Präsident des Deutschen und Bayerischen Bauernverbands, Gerd Sonnleitner, sich an diesem Tag Zeit und diskutierte mit den Junglandwirten über die aktuellsten Änderungen.



Politische Basis

Für Sonnleitner ist es in erster Linie wichtig die Basis der Politik zu verstehen, um als Unternehmer zu sehen was möglich ist und was nicht, auch wenn die Wahrheit oft unliebsam ist. So kann man die Politik, die oft das Wirtschaftsmodell vorgibt, in drei Kategorien einteilen: Die Marktwirtschaft, in welcher der totale Wettbewerb die Linie vorgibt und deren Gegenstück die Planwirtschaft, in der alles von der Politik geregelt wird. Als Mittelmaß sieht Sonnleitner die soziale Marktwirtschaft, für die sich EU-Politik entschlossen hat. Hier werden die Marktkräfte und der Wettbewerb akzeptiert, wobei aber Rücksicht auf schwächere und benachteiligte Partner genommen wird. Vor allem in diesen Punkten hat laut Sonnleitner die Politik Verantwortung für alle zu tragen, da durch die Globalisierung die Märkte immer mehr zusammen wachsen. Und vor allem die EU sei für viele ein attraktiver Markt, da hier über 500 Millionen Menschen mit einem hohen Einkommensniveau leben. Deshalb sei es wichtig die Wettbewerbsfähigkeit der eigenen Wirtschaft zu fördern und den Außenschutz bei den WTO-Verhandlungen auf dem derzeitigen Niveau zu halten. Auch ist die Verantwortung aller Verhandlungspartner gewachsen, da durch die Vernetzung der Märkte schon kleinste Fehlentscheidungen große Auswirkungen haben. Dem Bauernpräsident ist bewusst dass die Globalisierung vielen Landwirten nicht bekommt, für ein „Zurück“ sieht er allerdings keine Chancen mehr, da andere Wirtschaftszweige mächtiger sind. Deshalb sind die meisten Politiker auch dazu bereit, jenen die Verluste durch die Globalisierung entstehen mit Transferzahlungen zu helfen.

Weichenstellung für 2013

Da die derzeitige EU-Agrarpolitik im Jahr 2013 zu Ende ist, müssen laut Sonnleitner schon jetzt die Weichen gestellt werden. Dass Deutschland und Frankreich sich darin einig sind hält der Bauernpräsident für äußerst wichtig, um keine zu harten Änderungen zu bekommen. Hier sieht Sonnleitner den Vorteil bei Deutschland, da hier die Umsetzungen der Agrarreform 2003 schon am weitesten umgesetzt wurden, was in den Verhandlungen positiven Einfluss haben dürfte. Dennoch sei es wichtig, den Verbraucher zu überzeugen, welchen Nutzen er von der Landwirtschaft hat. Denn in Zeiten immer knapperer Kassen wollen viele an der Verteilung der Gelder mitreden.

Was ist zu erwarten?

Was die Bundesregierung angeht sieht Sonnleitner eine positive Entwicklung, da sie zu Grund und Boden steht, aber auch der soziale Gedanken hoch gehalten wird.

Da der neue Agrarkommissar Dacian Ciolos bisher ein „unbeschriebenes Blatt“ ist, weis Sonnleitner diesen noch nicht einzuschätzen. Es sei noch unklar,



welche Richtung der Rumäne einschlagen werde. Die neue Unbekannte sei allerdings das EU-Parlament, das nun mehr Entscheidungskompetenz hat. In diesem Gremium sei das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten schwer einzuschätzen, was die politische Arbeit der Verbände vor neuen Herausforderungen stellt. Gerade deshalb sei es notwendig, der Bevölkerung die Schlüsselrolle der Landwirtschaft klar zu machen wenn es um sichere Lebensmittel, saubere Energie, Klimaschutz und die Gestaltung der ländlichen Räume geht.

Brennpunkte auf dem Land

In der anschließenden Diskussion wurde der Präsident von den anwesenden Junglandwirten und Landfrauen sehr gefordert. Sehr intensive wurde über Sinn und Unsinn des Erneuerbaren Energie Gesetzes debattiert, da durch die einseitige Förderung der Druck auf die Fläche noch mehr verstärkt wurde. Es stellte sich die Frage, ob in Zukunft die Lebensmittelproduktion neben der Energieproduktion bestehen könne. Vor allem durch den enormen Flächenbedarf von Biogasanlagen und Freiflächen-Fotovoltaikanlagen wird die „produzierende“ Landwirtschaft immer mehr in eine Ecke gestellt.

Dieser Flächendruck wird noch verstärkt durch die Ausweisung von Ausgleichsflächen von Kommunen und Gemeinden. Hier wird von den Jungbauern mehr Rücksicht auf die Landwirtschaft gefordert um den Flächenverbrauch zu minimieren.

Verhältnismäßig ruhig war die Diskussion um die aktuelle Milchpolitik. Hier wurde vor allem gefordert, dass die Politik zu ihren Zusagen steht und die begleitenden Maßnahmen beibehält. Einig waren sich die Teilnehmer darin, dass sich die Landwirte mehr bündeln sollten, um mehr Marktmacht ausüben zu können. Aber auch die Weiterbildung der Verantwortlichen in den Genossenschaftsmolkereien wurde angesprochen. Hier ist nach Auffassung einiger Jungbauern noch viel aufzuholen.

Bericht von Andreas Hummel